

**Antrag der ASG Berlin – angenommen durch den Landesparteitag der Berliner SPD am 26. Juni 2010 – Kennnummer 83**

**Die geplante Entsolidarisierung in der Finanzierung des Gesundheitswesens und bei der Gesundheitsversorgung verhindern!**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die SPD Berlin stellt sich vehement gegen die Pläne der schwarz-gelben Regierungskoalition im Gesundheits- und Pflegebereich, die die Solidarität zwischen den Menschen und Regionen schwächen. Insbesondere stellt sich die SPD Berlin:

- Gegen die Einführung einer unsolidarischen und unsozialen Kopfpauschale für Mitglieder gesetzlicher Krankenkassen und gegen das "Einfrieren" des Arbeitgeberanteils. Wir wenden uns auch gegen die schrittweise Einführung von Kopfpauschalen mit vermeintlichem sozialem Ausgleich. Unser sozialdemokratisches Modell der Bürgerversicherung, das die Unterschiede zwischen privat- und gesetzlich Versicherten in der Arztpraxis aufhebt und eine gerechte Finanzierung entsprechend der tatsächlichen Einkommen der Versicherten herstellt, ist und bleibt die richtige Antwort auf die Finanzierungsprobleme der Zukunft.
- Gegen die Erweiterung sogenannter "Mehrkostenregelungen", wonach grundsätzlich nur noch ein Teil der Kosten für notwendige medizinische Leistungen erstattet wird. Den nicht erstatteten Rest der Kosten muss der/die Versicherte (zusätzlich zum Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung) aus eigener Tasche aufbringen.
- Gegen die Einschränkung des Risikostrukturausgleichs, gegen Manipulationen an der gerechten Verteilung der Mittel aus dem Gesundheitsfonds. Also gegen Pläne, reiche Regionen und Länder, wie beispielsweise die schwarz-gelb regierten Länder Bayern, Baden-Württemberg oder Hessen, gegenüber schwächeren Ländern in Ostdeutschland zu bevorteilen.
- Gegen Privatisierung des Risikos, pflegebedürftig zu werden und gegen die gesetzliche Verpflichtung, zusätzlich private Mittel zur Absicherung dieses Risikos aufzubringen! Also gegen Pläne, die Menschen zu zwingen, privaten Banken oder Versicherungen Milliardenbeiträge zu übereignen. Die SPD Berlin fordert alle betroffenen Landesregierungen auf, sich gemeinsam im

Bundesrat kompromisslos gegen alle Projekte der schwarz-gelben Regierungskoalition im Gesundheits- und Pflegebereich zu stellen, die sich gegen Ärmere, gegen Kranke und gegen Bürgerinnen und Bürger in strukturschwächeren Ländern richten.

**Begründung:**

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition plant an verschiedenen Stellen die Solidarität zwischen Besser- und Schlechterverdienenden, zwischen Gesunden und Kranken und zwischen wohlhabenderen und weniger reichen Regionen Deutschlands zu schwächen. Zum Teil schleichend, z.B. durch eine beim Einstieg sozial teilabgedeckte stufenweise Einführung von Kopfpauschalen oder durch das Fixieren des Arbeitgeberbeitrags. Teilweise sehr perfide durch sogenannte "Mehrkostenregelungen", d.h. Grundversorgung wird erstattet, gute Medizin bekommt nur, wer privat dazuzahlt. Und zuweilen ganz offen, wenn die Koalition z.B. plant, die Finanzierung der Krankenkassen wieder zu regionalisieren. Die Kassen in strukturschwachen Regionen werden damit weniger Geld zur Verfügung haben und für deren Versicherte wird es teurer. Die Folge ist, dass die Versorgung in den strukturschwachen Regionen – gerade in Ostdeutschland, aber auch in Berlin – schlechter wird. Damit würde unser Land wieder in arme und reiche Regionen gespalten.

Die Finanzierung der Pflegeversicherung will die Koalition ebenfalls "reformieren". Statt aber, die Leistungen der Pflegeversicherung bedarfsgerecht zu erhöhen und die Solidarbasis der Finanzierung zu erweitern, also die Bürgerpflegeversicherung einzuführen, in der alle für alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einstehen, will die Regierungskoalition die Versicherten zwingen, zusätzlich zu den heutigen Beiträgen zur Pflegeversicherung hohe Prämien an private Versicherungen bzw. Banken zu überweisen. Spätestens seit der Finanzkrise sollte eigentlich allen klar sein, dass sogenannte "Kapitaldeckung" in sensiblen sozialen Versicherungssystemen wie Gesundheit und Pflege nichts verloren hat. Gesundheit und Pflege sind viel zu wichtig, um deren Finanzierung auch nur teilweise Börsen-Zockern zu übereignen!